

Ercheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 15 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Sernsprecher Nr. 9
Gerichtsstand für beide Teile
ist Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Tageslohn
Post-Bezugspreis 40 Goldpfennige
ohne Beleggeld

Schluss der Anzeigen-
annahme f. kleine Anzeigen
8 Uhr vorm., für große tags
zuvor 3 Uhr nachm.

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele

Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Nr. 75

Donnerstag, den 29. März 1928

101. Jahrgang.

Die Schlussarbeiten im Reichstag

Die Linksparteien gegen den Etat

Kritik an der Finanzpolitik Dr. Köhlers.

U. Berlin, 29. März. Die gestrige Finanzaussprache im Reichstag gestaltete sich sehr kurz. Sie beschränkte sich lediglich auf die Feststellung der Parteien der Opposition, daß sie die Verantwortung für die Finanzwirtschaft ablehnen und deswegen auch gegen den Etat stimmen werden.

Der Reichsfinanzminister stimmte den Vorschlägen des Ausschusses zu, die eine solide Etatwirtschaft und eine klare Finanzwirtschaft anstreben. Es komme dabei allerdings weniger auf die Paragraphenbestimmungen an als auf die Gesinnung, mit der das Parlament seine Ausgabenwirtschaft behandle. Von einer verschwendenden Reichsfinanzwirtschaft könne keine Rede sein. Der Minister weist darauf hin, daß allein die Reparationen von 1924 bis 1927 um mehr als 800 Millionen gestiegen seien. Die Ablösung der Marlanleihen habe einen Mehraufwand von 850 Millionen verursacht. Die Soziallasten und die Erwerbslosensfürsorge seien um 500 Millionen gestiegen, die Ruhegehälter um 400 Millionen. Man könne also nicht davon reden, daß die Milliardenreserve nutzlos verthan sei. Im übrigen sei der Nettobedarf des Reiches fortgesetzt gesunken. Auch beim außerordentlichen Etat dürfe man nicht vergessen, daß die außerordentlich schwere Notlage des Jahres 1926 den großen Aufwand verursacht habe. Es sei auch nicht richtig, daß das gesamte St-Einkommen der Jahre 1927 in den Etat eingestellt sei. Das Steuervereinfachungsgesetz sei lediglich deshalb sang- und klanglos verschwunden, weil der Reichstag früher als beabsichtigt ebenso sang- und klanglos verschwände.

Der Minister besprach dann die Anleihepolitik und forderte größte Sparsamkeit auf allen Gebieten der öffentlichen und privaten Wirtschaft. Oberster Grundsatz sei hierbei auch eine starke Zurückhaltung auf dem Gebiete der öffentlichen Anleihen. Eine übermäßige Verschönerung der öffentlichen Hand würde unsere Wirtschafts-, Finanz- und Währungsposition gefährden. Auslandsanleihen des Reiches und der Länder seien zum Teil nicht ratsam. Andererseits sei nicht zu leugnen, daß wir für den deutschen Wiederaufbau dieser Anleihen bedürftig und noch bedürftig. Die Entscheidung darüber könne nicht ohne weiteres den

einzelnen kommunalen und staatlichen Körperschaften überlassen bleiben. Nur die Reichsregierung könne für die Finanzgebarung der öffentlichen Körperschaften Deutschlands die letzte Verantwortung tragen.

In der Aussprache rechnete der Sozialdemokrat Hilferding ein Defizit von nicht weniger als 853 Millionen heraus, für die keine Deckung vorhanden seien. Er rügte an dem Etat, daß er unter unsozialen Gesichtspunkten aufgebaut sei. Am Schluß seiner Bilanz erklärte er, daß die Sozialdemokratie den Etat 1928 ablehnen würde. Eine gleiche Erklärung gab im Namen der Demokraten der Abg. Dietrich-Baden ab. Auch die Demokraten werden gegen den Etat stimmen. Dietrich rügte insbesondere die widerspruchsvolle Haltung des Finanzministers, der sein Urteil über die wirtschaftliche Lage ständig geändert habe. Für die Deutsche Volkspartei erklärte Dr. Cremer schweren Herzens und mit sichtbarem Widerstreben, daß sie die Mitverantwortung für die Finanzen übernehme. Der Finanzetat wurde darauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten angenommen.

Das heiß umkämpfte Gesetz über die Errichtung der Rentenbankkreditanstalt, um das man sich wochenlang gestritten, konnte dann nach knapp halbstündiger Aussprache verabschiedet werden. Ebenso passierte das Überleitungsgesetz zur Strafrechtsreform mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit glatt die Abstimmung.

Die weiteren Dispositionen des Altsterrats.

Der Altsterrat des Reichstages traf gestern die Dispositionen für die Schlußtage. Heute soll mit der dritten Lesung des Etats begonnen werden, wobei auch eine allgemeine Etatsdebatte und eine allgemeine politische Aussprache zu erwarten ist. Es ist auch möglich, daß sich an verschiedene Einzelgesetze noch Debatten knüpfen. Ob auch die Frage der Amnestie, der Ehescheidungsreform und das Gesetz zum Schutz der Jugend bei Luftbarkeiten zur Erledigung kommen werden, hat der Altsterrat nicht entschieden. Das wird vielmehr erst im Plenum beraten werden. Nach dem Schluß der dritten Etatsberatung, die am Freitag fortgesetzt werden wird, soll eine Pause eintreten, um dem Reichsrat Zeit zur Stellungnahme zum Etat zu geben. Nach der Entscheidung des Reichsrats wird der Reichstag in einer besonderen Schlußsitzung am Freitag oder Samstag aufgelöst werden.

Stressemann über Abrüstung und Weltfrieden

Der Außenminister zur letzten Rede Poincarés

U. Berlin, 29. März. Auf dem gestrigen Jahresbankett des Vereins der ausländischen Presse hielt Dr. Stressemann eine Rede über das Abrüstungsproblem.

Der Minister verwies zunächst auf den Stillstand der Frage der Abrüstung der Völker. In den Kommentaren zu den letzten Genfer Debatten hätten einige ausländische Blätter die Frage aufgeworfen, ob es Deutschland denn wirklich darauf ankomme, die allgemeine Abrüstung zu erreichen und ob es nicht vielmehr bewußt auf einen Mißerfolg hinarbeite, um daraus für sich das Recht zu einer freien Rüstung herzuleiten. Wenn wirklich jemand an solche Hintergedanken Deutschlands glauben sollte, so fuhr der Minister fort, dann brauchte man nur die allgemeine Abrüstung ernstlich in Angriff zu nehmen, um diese Befürchtungen zu beseitigen. Man sollte es aber lassen, in einer so wichtigen und schweren Frage die Diskussion vom Thema abzulenken. Daß in der ganzen Völkerbundspolitik durch den Stand der Abrüstungsfrage eine schwierige Situation entstanden ist, liegt offen zutage. Der Beschluß der vorbereitenden Abrüstungskonferenz kann nur als ein Eingeständnis gedeutet werden, daß man in Genf im Augenblick keine Möglichkeit mehr findet, auch nur den ersten Schritt zur effektiven Fortführung der allgemeinen Abrüstung zu tun.

Der verantwortliche Staatsmann ist sich darüber klar, daß solche Probleme nicht von heute auf morgen zu lösen sind, aber im Jahre 1928 kann man nicht mehr von einem Heute auf Morgen sprechen.

Daß die realpolitischen Voraussetzungen für die Erreichung der ersten Etappe schon heute gegeben sind, ist meine feste Überzeugung. Trotz dieses ungenügenden Standes der

Dinge im gegenwärtigen Augenblick lehne ich es ab, von einem endgültigen Versagen des Völkerbundes in der Abrüstungsfrage zu sprechen, weil der Völkerbund in dieser Frage einfach nicht versagen darf. Es ist recht seltsam, daß hier und da versucht wird, den deutschen Anspruch dadurch herabzumindern, daß man ihm lediglich einen moralischen Charakter beimißt. Will man damit sagen, daß moralische Verpflichtungen unter den Völkern weniger ernst genommen werden können als juristische Verpflichtungen? Die vorbereitende Abrüstungskonferenz hat nach ihrem Mißerfolg die Lösung der Regierung überlassen. Auf ihnen liegt die Verantwortung und ich gebe der bestimmten Hoffnung Ausdruck, daß diese Erwartungen nicht wiederum enttäuscht werden und daß wir uns schon auf der nächsten Völkerbundversammlung einer hinreichend geklärten Situation gegenübersehen, um dem Völkerbund konkrete und effektive Beschlüsse zu gestatten.

Es mag hier und da Menschen geben, die den Mißerfolg beklagen. Das sind aber nicht die Freunde des Friedens und des Völkerbundes. Wenn ich den Blick auf das gesamte Weltall werfe, so erklärte der Minister weiter, glaube ich auch Momente des Vertrauens und Glaubens zu finden. Ich begrüße aufrichtig, daß der Gedanke des Weltfriedens in der Initiative der Regierung der Vereinigten Staaten Ausdruck gefunden hat. Die Freigabe des deutschen Eigentums ist für mich nicht nur eine materielle Frage, sondern das Anfechten des größten und mächtigsten Staates der Welt gegen den Gedanken der Verletzung des Privateigentums im Kriege. Es ist die Wiederanfrichtung des Grundgesetzes der Unverletzlichkeit des Privateigentums, von dem ich hoffe, daß er wieder Allgemeingut der Völker wird.

Der Minister wendet sich dann der letzten Rede des französischen Ministerpräsidenten Poincaré in Bordeaux zu,

Tages-Spiegel

Im Reichstag wurde der Etat für 1928 gegen die Stimmen der Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

Der Reichstag wird seine Arbeiten voraussichtlich schon morgen zum Abschluß bringen. Die Auflösung soll am Samstag erfolgen.

Im Rechtsausgang wurde mit knapper Majorität der Antrag auf Amnestie abgelehnt.

Reichsbauminister Dr. Stressemann sprach in Berlin auf einer Pressetagung über die Probleme der Abrüstung und des Weltfriedens.

Die amerikanische Marinevorlage, die 300 Millionen Dollar fordert, ist vom Repräsentantenhaus angenommen worden.

Der Ozeanflug des Piloten Köhl ist infolge ungünstiger Witterung auf heute verschoben worden.

zu dessen Ausführungen über den Ruhrkampf er in vollem Gegensatz stehe. Diese Periode sei ersichtlicherweise durch die seitherige Politik überwunden. Der französische Ministerpräsident habe das auch selbst empfunden, wenn er sagte: „Was aber geht uns im Augenblick die Vergangenheit an!“ Ich stimme mit ihm darin vollkommen überein und glaube, daß es nicht wünschenswert ist im Interesse der gegenseitigen Beziehungen, auf diese Vergangenheit hier einzugehen. Aus dem wörtlichen Bericht der Rede des Ministerpräsidenten habe ich Ausführungen entnommen, die in bezug auf Gegenwart und Zukunft sich vollkommen trennen von dieser überwundenen Episode und ich glaube, wir sollten in allen Ländern uns auch angewöhnen, die Verantwortung für Staatsmänner nicht nach dem ersten Eindruck irgendeiner Zusammenfassung zu sehen, die oft parteipolitisch entstellt ist, sondern nach ihrem Gesamteindruck.

Der Gedanke, daß alle in Europa leiden unter den Ruinen des Krieges, daß es keine glücklichen Sieger, Besiegten und Neutrals gibt, daß nichts als die Annäherung auf wirtschaftlichem, intellektuellem und moralischem Gebiet die Möglichkeit schafft, aus dieser Situation herauszukommen, das sind Gedanken, die jeder von uns in Deutschland mit denselben Worten erwidern würde. Deshalb möchte ich trotz aller Kritik, Skepsis und Enttäuschung die Hoffnung nicht aufgeben, daß die großen Gedanken des Friedens sich durchsetzen mögen zum Besten der Menschheit.

Der deutsche Botschafter bei Briand

U. Paris, 29. März. Briand empfing gestern den deutschen Botschafter v. Hüsch. Im Verlaufe der fast einstündigen Unterredung wurden folgende die Genfer Vorgänge betreffenden Angelegenheiten erörtert: 1. Der Zwischenfall von Szent Gotthardt; 2. die polnisch-litauische Fühlungnahme; 3. die Ergebnisse des Sicherheitsausschusses und der vorbereitenden Abrüstungskonferenz.

Die Besprechung besaß nicht den Charakter einer Demarche beim französischen Außenminister, sondern ist als eine Fühlungnahme zu betrachten. Es sei hervorgehoben, daß Herr v. Hüsch seit längerer Zeit den französischen Außenminister nicht zu sprechen in der Lage war. Daher wurde ein Meinungsaustausch über die eingangs erwähnten Fragen in Anbetracht der nach den Wahlen beginnenden diplomatischen Verhandlungen von beiden Seiten für zweckmäßig erachtet.

Verwaltungsreform und Notprogramm im Reichskabinett

U. Berlin, 29. März. Das Reichskabinett hielt gestern eine Sitzung ab, in der es sich, wie verlautet, mit Fragen der Verwaltungsreform beschäftigte.

Wie ein Berliner Blatt meldet, beschäftigte sich das Reichskabinett am Mittwoch auch mit der Frage, ob es noch notwendig ist, das ursprünglich in Aussicht genommene Mantelgesetz für das Notprogramm einzubringen. Diese Frage wurde verneint. Man wird sich mit einem Änderungsantrag zu dem am Mittwoch zu diesem Zweck zurückgestellten Rentenbankkreditgesetz begnügen, der die Bestimmungen über das Inkrafttreten der Novelle enthält.

Reichsbank und Landwirtschaft

II. Königsberg, 28. März. Bei der Einweihung des neuen Gebäudes der Reichsbank führte Reichsbankpräsident Dr. Schacht in einer Rede aus, die Reichsbank sei nicht einseitig für Handel und Industrie eingestellt, sondern auch für die Landwirtschaft. Die Landwirtschaft sei eine unerlässliche Grundlage für die ganze deutsche Wirtschaft überhaupt. Es sei unmöglich, nur vom Export zu leben. Der Reichsbank seien vielfach Vorwürfe gemacht worden, so einmal, es sei nicht genug für die Landwirtschaft getan, und zum anderen, die Reichsbank habe sich zu sehr mit Krediten für die Landwirtschaft festgelegt. Beide Vorwürfe träfen nicht zu. Er erinnerte daran, daß die Reichsbank jetzt über die Golddiskontbank 360 Millionen aufgelegt habe, um der Landwirtschaft zu helfen. Er glaube, wir alle hätten noch keine rechte Ahnung davon, was Demokratie überhaupt heiße. Alle starrten wie gebannt auf das Idol des Staates, und wenn es jemand schlecht gehe, so verlange er die Hilfe des Staates. Wir alle in unserer Gesamtheit seien der Staat. Deshalb müsse auch mehr Selbsthilfe und Selbstverantwortung an den Tag gelegt werden. Nicht die Stimme mache es bei dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht, sondern die Mitarbeit und das Verantwortungsgefühl wüßten tausend Stimmen auf. Schon vor vier Jahren habe er festgestellt, daß das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen sich in einer Erstarrung befinde, die behoben werden müsse. Heute sei die ehrenamtliche Arbeit durch bezahlte abgelöst und die Zwischengewinne ließen es nicht vertretbar erscheinen, Kredite aufzunehmen. Der Staat glaube, von oben her die Dinge meistern zu können. Hier befänden wir uns aber auf dem Holzwege. Von unten her müsse die Arbeit einsehen, sonst würden wir nur Mißerfolge haben.

Der Reichsbankpräsident appellierte sodann an das Verantwortungsgefühl der Landwirtschaft und erklärte: „Arbeiten Sie an der Verbilligung und an der Verbesserung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens mit, damit Ersprißliches geleistet wird. Tragen Sie nicht Politik in Ihr Genossenschaftswesen hinein!“ Es sehe so aus, als ob dieses von oben her mitunter gesehen sei. Demgegenüber stelle er fest, daß die sachliche Arbeit die ganze Parteipolitik in der Reichsbank über den Haufen geworfen habe. So müsse es auch in dem landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen werden, das nicht mehr entbehrt werden könne. Aber nicht nur durch die Mitarbeit, sondern durch das verschärfte Verantwortungsgefühl müsse dem landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen geholfen werden.

Dr. Wirth Spitzenkandidat des Zentrums

Dr. Wirth als Berliner Zentrumspitzenkandidat vorgeschlagen.

II. Berlin, 28. März. Wie die „Voss. Ztg.“ meldet, hat die Ortsgruppe Wilmsdorf der Berliner Zentrumspartei dem Wahlkreisverband Berlin und Potsdam 2 vorgeschlagen, Dr. Wirth als Spitzenkandidaten zu dominieren.

Wie die Z.-M. aus Berliner Zentrumskreisen erfährt, trifft diese Meldung zu. Augenblicklich sind Bestrebungen im Gange, Dr. Wirth auf der Reichsliste des Zentrums als Kandidaten aufzustellen.

Zur Verhaftung der deutschen Ingenieure in Rußland

II. Kowno, 28. März. Wie aus Moskau gemeldet wird, dürfte der Prozeß gegen die Dones-Ingenieure einen ähnlichen Verlauf nehmen wie der berühmte Prozeß gegen deutsche Studenten in Moskau. Die Rolle des Studenten von Dittmar dürfte in dem vorstehenden Prozeß der Ruß-

land-Deutsche Köster übernehmen. Er scheint gegenüber den beschuldigten Deutschen die Rolle des Provokateurs gespielt zu haben. Köster wird beschuldigt, von einer ausländischen Banfororganisation 400 000 Rubel entgegengenommen zu haben. Ferner soll er Wirtschaftsspionage zugunsten Polens getrieben und eine Organisation von terroristischen Akten im Auftrage der früheren Grubenbesitzer aufgezogen haben. Die Beschuldigungen gegen die Deutschen sind auf Kösters Geständnis aufgebaut. Die deutschen Ingenieure erklären aber einmütig, daß sie mit Köster niemals etwas gemein gehabt haben.

Nach einer anderen Moskauer Meldung wird das politische Büro eine neue Untersuchungskommission unter Führung Jaroslawskis nach dem Donezgebiet entsenden.

Massenverhaftungen in Rußland.

II. Berlin, 28. März. Wie Berliner Blätter aus Riga melden, erklärte ein deutscher Ingenieur, der in Rußland eine leitende Stellung bekleidet, auf seiner Durchreise von Moskau nach Berlin einem Vertreter der „Rigaischen Rundschau“, es lasse sich bisher noch nicht feststellen, wieviel Angehörige des technischen Personals in der letzten Zeit verhaftet worden seien, doch scheinen nahezu sämtliche Techniker, die noch aus der Vorkriegszeit zurückgeblieben waren, festgenommen worden zu sein. Die Aufforderung der GPU an die russische Arbeiterschaft, den Spezialisten auf die Finger zu sehen, habe bereits zu unzähligen Denunziationen geführt, nicht nur im Donezgebiet, sondern in den gesamten Industriezentren. Man höre bereits wieder von neuen Verhaftungen unter Eisenbahnern und Bautechnikern.

Die Ernährungsfrage in Sowjetrußland

Auf nach einem Ernährungsminister.

II. Kowno, 28. März. Wie aus Moskau gemeldet wird, werden im Zusammenhang mit der Lebensmittelknappheit von den Belegschaften verschiedener Fabriken Forderungen an die Regierung gerichtet, über die Beseitigung der gegenwärtigen Krise. Einige Parteioptionen verlangen die Ernennung eines Ernährungsministers zur Bekämpfung der Nahrungsmittelkrise.

Geteilte Auffassung der Abrüstungspolitik in Frankreich

II. Paris, 28. März. Zu der offiziellen französischen Auffassung über die Abrüstungsfrage stellt das Echo de Paris fest, der Quai d'Orsay begünstige eine französisch-englische Verständigung, wobei Frankreich sich den Flottenauffassungen der britischen Admiralität anschließen würde, während England die Ansprüche des französischen Generalstabs, nämlich unbeschränkte Effektivbestände der ausgebildeten Reserve der Landarmee anerkennen würde. Das französische Marineministerium sei dagegen für eine Verständigung mit Amerika und Japan, wobei das Flottensystem, wie es in Frankreich bestehe, zum Ausgangspunkt der Verhandlungen gemacht werden soll, das heiße, die Bestimmung einer Gesamttonnage, die jeder Staat nach freiem Ermessen auf seine einzelnen Schiffskategorien verteilen kann.

England und die Tagerkonferenz

England unzufrieden.

II. London, 28. März. Der bisherige Verlauf der Tager-Konferenz in Paris hat in London nicht sehr befriedigt. Von englischer Seite scheint ein gewisser Druck auf Italien ausgeübt zu werden, nicht auf einer Gleichstellung mit Spa-

nien und Frankreich in der Verwaltung der internationalen Zone zu bestehen, die je 4 Sitze in der gesetzgebenden Versammlung einnehmen, während Großbritannien nur über 2 verfügt, die auch Italien zugestanden werden sollen. Daneben bereiten die Forderungen Italiens, den Vizepräsidenten der gesetzgebenden Versammlung zu stellen und sich an der Vertretung in der Finanz- und Zollverwaltung zu beteiligen, einige Schwierigkeiten. Der diplomatische Korrespondent des Daily Telegraph berichtet, daß Italien besonders nachdrücklich auf der Bestimmung der internationalen Konvention bestehe, durch die es berechtigt ist, in Tanger einen Verbindungsbeamten zu unterhalten, dessen Aufgabe die Durchführung einer strikten neutralen Haltung wäre. Auch an dem Schutze der Tager-Gewässer und der Überwachung des Waffenschmuggels durch die französische, spanische und britische Flotte will Italien beteiligt sein.

Ein Vertrag zwischen England und Transjordanien

Die Lage im Irak.

II. London, 28. März. Die englische Regierung veröffentlicht in einem Weißbuch den Text eines am 20. Februar in Jerusalem zwischen England und Transjordanien unterzeichneten Vertrages, in dem England die Unabhängigkeit Transjordaniens anerkennt. England erhält das Recht, zur Deckung der Verteidigungskosten des Landes Steuern zu erheben. Transjordanien bezahlt bis auf weiteres ein Sechstel der Kosten für die von der britischen Regierung gestellten Streitkräfte, bis es die finanzielle Lage des Landes gestatte, einen größeren Teil der Verteidigungskosten zu übernehmen. Außerdem wird Transjordanien die Garantie für eine Anleihe in England zugesichert. Die Ratifikation des Abkommens steht noch aus.

Wie aus Basra berichtet wird, ist mit weiteren ernsthaften Übergriffen der Wahabi vor dem Eintritt der kalten Jahreszeit nicht mehr zu rechnen. Ibn Saud hat kürzlich 20 000 Mann des Ataiyah-Stammes, die nach den Grenzen des Irakgebietes und Koweit marschierten, zurückgerufen. Kolonialminister Amery verteidigte im Unterhaus die Haltung der Regierung gegen die Vorwürfe, daß England die Munition lieferte, mit der nun britische Soldaten bekämpft werden. Amery erklärte, die letzten Informationen zeigten, daß der König des Hedschas die aggressiven Stämme nicht mit Munition versorge. Die Lizenzen für 4 Millionen Kleinkaliber-Munition seien vom Foreign Office eingebracht worden. Es bestehe kein Beweis dafür, daß britische Soldaten durch diese Munition getötet würden.

Südafrikas Stellung im Falle eines britischen Krieges

II. London, 28. März. Wie aus Kapstadt gemeldet wird, gab Ministerpräsident General Verhoy im südafrikanischen Parlament die mit Spannung erwartete Erklärung der Regierung über die verfassungsmäßige Stellung Südafrikas im Falle eines Krieges Englands mit einem anderen Staat ab. Es heißt darin, daß die Neutralität als praktische Politik für ein britisches Dominion außerhalb des Bereiches der Möglichkeiten liege. Das Neutralitätsrecht der Dominien unter dem Völkerbundsstatut müsse in seiner Natur verschieden sein von dem im gewöhnlichen internationalen Recht anerkannten Neutralitätsbegriff. Diese Stellung ergebe sich dadurch, daß die Mitgliedschaft der Dominien beim Völkerbund an die Feststellung gebunden sei, daß sie nicht im Gegensatz zu den Pflichten gegenüber dem britischen Imperium stehe.

Des Herzens Not

Roman von Fr. Lehne.

45. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

Zwei Wochen war Hellmut schon auf Bressenhof. Das Wetter war umgeschlagen, und ein anhaltender Herbstregen fiel hernieder. Es war kalt und unfreundlich geworden, so daß der Aufenthalt im Freien unmöglich war. Naturgemäß hatte das Wetter auf Gerda den ungünstigsten Einfluß; sie war noch launenhafter und verstimmter und bemühte sich auch gar nicht, diese Stimmung zu unterdrücken; ihre Eltern hatten manchmal darunter zu leiden. Nur Hellmut rührte es nicht; er neckte sie mit dem „schönen“ Inspektor, wollte ihr in ihrem Vergnügen durchaus nicht hinderlich sein, wunderte sich aber doch über die Genügsamkeit seiner bis dahin so anspruchsvollen Cousine — na ja, auf dem Lande wird man ja bescheiden. Mit sprühenden Augen stand sie ihm dann gegenüber, was er damit sagen wollte, worauf er ausdrucksvoll die Achseln zuckte und leise piff — man ist doch nicht blind, man sieht doch die schmachtenden Blicke des schneidigen „Bisepsteß“ — „na, Kind, sei aber vernünftig, es führt doch zu keinem guten Ende.“

„D, wie ich dich hasse, Hellmut!“ stieß sie zwischen den Zähnen hervor.

„Um so süßer wird es dann sein, dich zu zähmen, du Wildkätzchen,“ dachte er, als sie ihm zornig den Rücken gelehrt.

Eines Nachmittags hatte Katharine einen Auftrag ihres Vaters an den Baron ausgerichtet, und sie war dringend zum Bleiben aufgefordert worden. Nachdem Kaffee getrunken war, gingen die beiden jungen Mädchen in die Veranda, die an das Wohnzimmer stieß. Frau von Freesen war in ihr Zimmer gegangen, während der Baron mit Hellmut einmal wieder nach den Pferden sehen wollte.

Lehter teilte ganz die Passion seines Oheims, und der Gesprächsstoff verlegte infolgedessen nie.

Mühsam schleppte sich das Gespräch zwischen den jungen Mädchen dahin; jede fühlte, daß etwas Unübersteigbares zwischen ihnen lag. Gerda war wieder verstimmt, und Katharine hatte keine Lust, dies zu ertragen. Sie wollte nicht lange mehr bleiben; aber vorher wollte sie Klarheit haben und ein offenes Wort mit Gerda sprechen. Viele Umschweife waren ihre Sache nicht; darum begann sie ganz unvermittelt:

„Gerda, ich möchte dich etwas fragen, selbst auf die Gefahr hin, ausdrücklich zu erscheinen.“

„Ich stehe gern zu Diensten.“

„Was hast du mit Kraft gehabt?“

Gerda wurde dunkelrot. „Wie kommst du zu dieser Frage? Was berechtigt dich dazu?“

„Bierlei!“ Und sie begann in ihrer ruhigen Weise, Gerda alle ihre Beobachtungen vom Sommer her aufzuzählen, wie sie aus den verschiedenen Anzeichen deutlich gemerkt, daß zwischen Gerda und Kraft ein geheimnisvolles Einverständnis bestände, und daß seit Herrn von Brühls Hiersein eine auffallende Aenderung mit Kraft vorgegangen sei —

„Du bist ja der reine Detektiv, meine liebe Katharine,“ sagte Gerda in beißendem Hohn; sie hatte die andere ruhig reden lassen, ohne sie zu unterbrechen — „und über eine Phantasie verfügst du, deren Lebhaftigkeit mich in Erstaunen setzt, die ich nie bei dir vermutet hätte! Sag mir nun das eine, welches Interesse du an der Angelegenheit hast, hat dich Kraft vielleicht gar beauftragt, mir die Leuten zu lesen?“

„Wie sollte er —“

„Nun, dann bleibt mir nur der eine Schluß übrig, daß du Kraft liebst; denn nur Eifersucht und Liebe haben so scharfe Augen, die alles sehen, denen nichts entgeht.“

Groß und voll erwiderte Katharine den Blick in Gerdas lauernd auf sie gerichteten Augen. Sie hatte nicht nötig, die ihren niederzuschlagen, und sie bekannte sich offen zu ihrer Liebe.

„Ja, Gerda, du hast recht, ich liebe ihn!“ Und in diesen einfachen Worten lag die ganze Innigkeit ihres Gefühls.

„Schade, daß du mir das nicht schon früher so frei und offen eingestanden hättest, damals, als ich dich danach fragte! — Dann hätte ich sein Geständnis, daß er mich liebt, daß ich sein Alles bin, nicht entgegengenommen, dann hätte ich ihn zu dir geschickt —“ sagte Gerda kalt lächelnd, jedes Wort betonend. Katharine zuckte doch bei diesen schamungslosen Worten zusammen.

„Lasse mich aus dem Spiel,“ entgegnete sie, erregt, aber doch beherrscht. „Das, was du mir soeben gesagt hast, kommt mir gar nicht überraschend, wenn es mich auch sehr wundert, daß du einem Untergebenen, einem Bürgerlichen, Gelegenheit gegeben hast, dir ein derartiges Geständnis zu machen. Und daß du es nicht unwillig aufgenommen hast, beweist mir Krafts Hiersein — denn im andern Falle hättest du den Vermessenen sofort davonjagen lassen, der es gewagt hätte, seine Augen zu dir zu erheben!“

„Wie du mich genau kennst —“ lächelte Gerda höhnisch, konnte aber auf die scharfe Logik der andern nichts erwidern; Katharine fuhr fort, in gleichem, ruhigem Tone weiter zu sprechen:

„Und nun will ich von dir wissen, nachdem du meine Mutmaßungen durch deine Worte vorhin bestätigt hast, wie lange du das Verlöbniß mit Kraft noch geheim halten willst; denn als etwas anderes kann ich dein Einverständnis mit ihm nicht betrachten! Es wäre doch unmöglich, daß eine Baronesse Freesen sich herabläßt — nein, ich will nicht ausprechen, was ich sonst denken müßte.“

„Genug aber jetzt!“ Gerda sprang auf; sie konnte sich kaum noch beherrschen. „Lange genug habe ich dir zugehört; nun aber ist meine Geduld erschöpft! Zum mindesten finde ich deine Fragen sehr seltsam! Was geht es dich an, was ich mit Kraft habe — wie kommst du dazu, mich so bevormunden zu wollen — aus dir spricht weiter nichts.“

(Fortsetzung folgt.)

Neubulach Straßen-Sperre!

Wegen Grabarbeiten für Wasserleitung ist die Durchfahrt der Straßenstrecke v. Gasthaus zur „Sonne“ bis an die Wegkreuzung nach Oberhangstett auf einige Tage gesperrt und ist der Weg von und nach Altbulach durch das Städtchen zu nehmen.

Den 28. März 1928.

Stadtschultheißenamt: Müller.

Altburg

Die Gemeinde verkauft einen schweren

Schlacht-Farren



Schriftliche Angebote pro Zentner Lebendgewicht werden bis Freitag, den 30. März 1928, nachmittags 6 Uhr erbeten.

Gemeinderat.

Spezialarzt für

HALS, NASE, OHR

Dr. WEISS, Stuttgart

Gartenstr. 50, Ruf 23365.

zurück.

Altbulach

Bergebung von Bauarbeiten

Die bei meinem Wohnhausneubau vorkommenden

Flaschner-, Gipser-, Schreiner-, Glaser- und Schlosser-Arbeiten

habe ich im Submissionsweg zu vergeben.

Offerten können bis Samstag, den 31. ds. Mts. nachmittags 5 Uhr bei mir abgegeben werden.

Friedrich Kentschler.

Witzbach

Bauarbeiten

Die zum Wohn- und Dekonomiegebäude für Herrn

S. S. Luz in Waislach erforderlichen

Schreiner- und Schlosserarbeiten

sind im Submissionswege zu vergeben.

Die Unterlagen sind beim Unterzeichneten zur Einsicht aufgelegt und wolle Angebote bis Montag, 2. April, nachmittags 2 Uhr, daselbst abgegeben werden.

Zuschlag 3 Tage.

Bad Teinach, den 29. März 1928.

S. M.: Söll, Architekt.

B. KLINCKERFUSS, STUTTGART

Gegründet 1832 KANZLEISTR. 18 Telefon 21576

FLÜGEL
PIANIKO
HARMONIUM



C. Bechstein, J. Blüthner, Grotzian - Steinweg, Steinway & Sons, F. Thürmer, L. Schmidt, Gebr. Zimmermann :: Größte Auswahl neuer und gebrauchter Instrumente in allen Preislagen — Günstige Zahlungsbedingungen Kunstspielapparat, Welte-Mignon, Pianola-Instrumente Gebrauchte Instrumente, Mietinstrumente, Stimmungen Umtausch, Reparaturen.

Fahrräder, Nähmaschinen, Motorräder



zu günstigen Zahlungsbedingungen, sowie sämtliche Ersatz- und Zubehörteile empfiehlt

Friedrich Holzäpfel, Bad Liebenzell.

Das von

Karl Busch in Hirsau

betriebene

Lebensmittel- und Feinkost-Geschäft ist sofort zu verkaufen.

Angebote alsbald erbeten an den Konkursverwalter Bezirksnotar Reut in Calw, bei dem die Aufnahme der Einrichtung und des Warenlagers zur Einsichtnahme auflegt.

Deutscher Frauen-Missions-Bund.

Anlässlich der vom 31. März bis 2. April in hiesiger Stadt stattfindenden Konferenz der württembergisch-badischen Kreise finden folgende öffentliche Veranstaltungen statt:

Samstag, 31. März abends 8 Uhr Missionsstunde im Vereinshaus
Sonntag, 1. April nachmitt. 1/2 4 „ Jugendvortrag in der Stadtkirche
nachmitt. 5 „ Missionsstunde „
abends 8 „ Evangelisationsvortrag im Vereinshaus
Montag, 2. April vorm. 10-12 „ Themastunde i. d. Neuen Handelsschule
nachmitt. 3 „ Missionsstunde „
abends 8 „ Evangelisationsvortrag im Vereinshaus

Rednerinnen: Frau M. von Dergen, Bundesvorsitzende und Frä. von Bülow-Rostock, Fräulein Knabenschuh, Leiterin des Missions-Schwesterhauses, Basel, Missionarin Helene Schneider aus China.

Die Frauen und Töchter aus Stadt und Bezirk sind zu diesen Veranstaltungen herzlich eingeladen.

Frauen-Missions-Bund Calw.

Geschäftsübernahme u. -Empfehlung

Meiner verehrten Kundschaft von hier und Umgebung zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich meine

Wirtschaft und Bäckerei

meinem Sohn Ernst übergeben habe. Ich danke für das mir in vielen Jahren entgegengebrachte Vertrauen und bitte, solches auch meinem Sohne entgegenbringen zu wollen.

Hochachtungsvoll

J. Kreuzberger, z. „Stern“

Auf Obiges bezugnehmend, teile ich einer geehrten Einwohnerschaft von Calw u. Umgebung höflichst mit, daß ich mein elterliches Geschäft,

Bäckerei und Gasthof zum „Stern“

übernommen habe. Ich bitte um gütige Unterstützung meines Unternehmens.

Anlässlich meiner Geschäftsübernahme halte ich am

Samstag und Sonntag

Mekelsuppe

und lade hierzu höflichst ein.

Ernst Kreuzberger.

Freie Bäcker-Innung Calw und Umgeb.

Ab 1. April müssen

Plakate über die gesetzliche Arbeitszeit in der Bäckerei angebracht werden,

welche beim Obermeister sofort abgeholt werden können.

Der Ausschuß.

Landw. Bezirksverein Calw.

Rohlfensaurer Düngekalk

ist eingetroffen.

Die Geschäftsstelle.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 31. März 1928 stattfindenden

kirchlichen Trauung

freundlichst einzuladen.

Gottlieb Holzäpfel

Sohn des Ulrich Holzäpfel, Ottenbronn.

Friedrich Kath

Tochter des Johs. Adam Kath, Schultheiß, Egenhausen.

Trauung 1 Uhr in Ottenbronn.

Kinderwagen Sportwagen

Reparaturen derselben

Kinderstühle Korbsessel

Große Auswahl, billige Preise bei

Otto Weißer,

Kronengasse.

Witzbach.

la Kleesamen

97% keimfähig, handverlesen garantiert seidenfrei, hat sich in 5 Jahren in unserer Gegend bestens bewährt, sowie

Timothy, Milkhoma und Bruchreis

empfiehlt

Mich. Burkhardt.

Pfannkuch

Leigwaren Woche

Eier-Bruch-Makkaroni

Pfd. 52 Pfg.

Eierband-Nudeln

Pfd. 55 Pfg.

ein beliebtes Mittagessen

Dazu:

Mischobst I.

Pfd. 1.-

Mischobst II.

Pfd. 70 Pfg.

oder:

Serb-Plausen

1 Pfd. 34 Pfg.

Kalifornische Plausen

1 Pfd. 42 Pfg.

Pfannkuch

Beräufnerin

die auch Kenntnisse in Buchhaltung besitzt, für Lebensmittelgeschäft p. sofort

gesucht.

Bewerbung mit Gehaltsansprüchen unter A. J. 75 an die Gesch.-St. ds. Bl.

Suche

auf 15. April ein fleißiges, ehrliches

Mädchen

für Küche und Wirtschaft, welches schon gebient hat und womöglich etwas Kochkenntnisse besitzt.

Ehr. Nießhammer zum „Döfen“

Gegen Sommer-sprossen:

Alpenblüten-Creme

Rispa-Creme

Relorita-Seife

anerkannt beste Mittel bei

Friseur Wina Marktpl.

Ev. Volks- und Mittelschule Calw.

Samstag, 31. März und Sonntag, 1. April findet eine

Ausstellung der Handarbeiten

der Schüler und Schülerinnen (Schulhaus Badstraße) statt

Eröffnung der Ausstellung durch Herrn Schulrat Knödel

Samstag Nachmittag 2 Uhr

Zu zahlreichem Besuch ladet ein Rektor Deutel.

Veteranen-Verein Calw

1876/1914

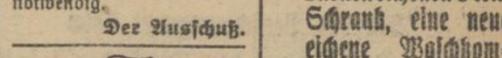
Am Samstag, den 31. März

Monatsversammlung

bei Kamerad Seeger.

Zahlreiches Erscheinen notwendig.

Der Ausschuß.



Freitag, den 30. März abends 8 1/2 Uhr

Monats- und Fahrer-Berammlung

im Lokal. Erscheinen dringend notwendig.

Der Ausschuß.

Sofort oder später ist ein gut möbliertes

Zimmer

zu vermieten.

30a Gipper Witwe

Leberstraße 180.

Früchten-Paste

Lekutate-Malz

Lekutate-Reis

zur Frühjahrs-Aur

Wacholder-beer-Malz

Wacholder-beer-Saft

sowie alle

Reformnährmittel

empfiehlt

J. Nonnenmacher.

Bohner-Wachs Büffelhaut

Größte Ausgiebigkeit

Höchster Glanz!

LUGER

Bevorzugen Sie

wundervoll süßen kernlosen

Saffa-Orangen

Stk. 15, 20, 25

Aus den Gärten unschweb. Landsleute in Palästina.

Sie helfen dadurch dem

Deutschtum im Ausland.

Blut-Orangen

Pfd. 32

5% Rabatt

Frisch eingetroffen:

Blut-Orangen

süß und vollsaftig

1 Pfund 32 Pfg.

4 bei " 1.20 Pfg.

Würster am Markt

Leinmehl

empfiehlt

Adolf Luz.

EIERTEIGWAREN

stets frisch mit reichlichem Zusatz v. italienischen Eiern in folg. Sorten empfiehlt

breite u. schmale Nudeln Hohl-

nudeln (Spätzle) Hörnle und

Riebele sowie Makkaroni und

Spaghetti

das Pfund zu 70 Pfennig

bei 5 Pfd. 65 Pfg. auch

bei verschied. Sorten bei

größ. Abnahme billiger.

Herm. Schnürle

Teigwaren-geschäft.

Ämtliche Bekanntmachungen. Wahlauschreiben.

Nach dem Gesetz über Wahlen nach der Reichsversicherungsordnung, dem Angestelltenversicherungsgesetz und dem Reichsknappschaftsgesetz vom 8. April 1927, RGBl. I S. 95 ff. i. B. mit der Wahlordnung für die Wahl der Versicherungsvertreter als Beisitzer der Versicherungsämter v. 6. März 1928, MinABl. 1928 Seite 18 ff. sind für die

Versicherungsvertreter bei den Versicherungsämtern Neuwahlen vorzunehmen.

Die Wahlzeit der neu zu wählenden Vertreter endet mit dem Schluß des Jahres 1932.

Für das Versicherungsamt Calw

sind je 6 Beisitzer aus dem Kreise der Arbeitgeber und aus dem Kreise der Versicherten zu wählen.

Für die Beisitzer sind außerdem Stellvertreter in doppelter Zahl zu wählen.

Wahltag ist Mittwoch, der 6. Juni 1928.

Es ergeht hiemit die Aufforderung an die vorschlagsberechtigten wirtschaftlichen Vereinigungen und Verbände solcher Vereinigungen bis spätestens 23. April 1928 bei dem unterzeichneten Wahlleiter unter Beachtung der nachstehend abgedruckten gesetzlichen Bestimmungen der W.O.

Vorschlagslisten einzureichen.

Von den vorzuschlagenden Personen sollen 6 der Landwirtschaft angehören (§ 10 Abs. 4 W.O. Calw, den 26. 3. 1928.

Der Wahlleiter: Nagel Amtmann.

Auszug

aus der Wahlordnung für die Wahl der Versicherungsvertreter als Beisitzer der Versicherungsämter vom 6. III. 28, MinABl. S. 18 ff.

§ 2.

Wahlbezirk.

Wahlbezirk ist der Bezirk des Versicherungsamts.

§ 3.

Art der Wahl.

1. Die Arbeitgeberbeiträge und die Versichertenbeiträge werden in getrennter Wahl schriftlich und nach den Grundsätzen der Verhältniswahl auf Grund von Vorschlagslisten gewählt.

2. Zur Einreichung von Vorschlagslisten sind nur berechtigt (§ 45 Abs. 1 W.O.)

- a) bei der Wahl der Arbeitgeberbeiträge: wirtschaftliche Vereinigungen von Arbeitgebern oder Verbände solcher Vereinigungen;
- b) bei der Wahl der Versichertenbeiträge: wirtschaftliche Vereinigungen von Arbeitnehmern oder Verbände solcher Vereinigungen;
- 3. Die Wahl ist geheim.

§ 4.

Wahlberechtigung — Stimmenverhältnis.

1. Die Versichertenvertreter beim Versicherungsamt werden von den Versichertenmitgliedern, die Arbeitgebervertreter von den Arbeitgebermitgliedern im Ausschuss der Krankenkassen gewählt, die im Bezirk des Versicherungsamts mindestens 50 Mitglieder haben (§§ 44 und 42 Abs. 1 W.O.). An der Wahl nehmen ferner teil die Vorstandsmitglieder der Erntekassen, soweit sie im Wahlbezirk mindestens 50 Mitglieder haben; die Erntekassen und die außerhalb des Wahlbezirks stehenden Kassen jedoch nur, wenn sie ihre Beteiligung an der Wahl dem Wahlleiter rechtzeitig anmelden und die Zahl ihrer Mitglieder im Wahlbezirk nachweisen.

2. An Stelle der Vertreter der Versicherten im Vorstand wählen bei den Erntekassen, die örtliche Verwaltungsstellen haben, die Geschäftsleiter der für den Bezirk des Versicherungsamts zuständigen örtlichen Verwaltungsstellen (§ 42 Abs. 3 W.O.).

3. Für die Feststellung der Zahl der anrechnungsfähigen Mitglieder ist maßgebend die Zahl der Mitglieder, der Beschäftigungsort (§§ 153 bis 159 W.O.) sich zur Zeit des letzten Wahltags (§ 399 W.O.) vor der Feststellung im Wahlbezirk befindet. An Stelle des Beschäftigungsorts ist maßgebend:

- a) der Wohnort bei den Mitgliedern der Erntekassen, bei unständig Beschäftigten (§ 442 W.O.) und solchen Mitgliedern, die den Kassen auf Grund der §§ 176 und 183 W.O. angehören und einen Beschäftigungsort nicht haben;
- b) der Wohn- oder Aufenthaltort bei den Mitgliedern, die den Kassen auf Grund des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 18. Juli 1927 (Reichsgesetzbl. I, S. 187) angehören — § 121 d. d. l. d. l. —;
- c) der Ort ihrer eigenen Betriebsstätte bei Hausgewerbetreibenden (§ 154 Abs. 2 W.O.);
- d) der Ort, bei dessen Polizeibehörde die im Wanderergewerbe Beschäftigten den Wanderergewerbeschein beantragt haben (§ 459 W.O.).

§ 5.

Wählbarkeit.

1. Wählbar sind nur volljährige Deutsche, die

im Wahlbezirk wohnen oder ihren Betriebsort haben oder beschäftigt werden (§ 47 Abs. 1 W.O.).

2. Wählbar als Arbeitgeberbeiträge sind nur Arbeitgeber, die nach der W.O. versicherte Personen beschäftigen. Den Arbeitgebern stehen bevollmächtigte Betriebsleiter gleich. Versicherte werden den Arbeitgebern zugerechnet, wenn sie regelmäßig mehr als zwei Versicherungspflichtige beschäftigen (§ 47 Abs. 2 W.O.).

3. Wählbar als Vertreter der Versicherten ist nur, wer auf Grund der W.O. versichert ist (§ 47 Abs. 2 W.O.).

4. Nicht wählbar ist,

- a) wer infolge strafgerichtlicher Verurteilung die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter verloren hat oder wegen eines Verbrechens oder Vergehens, das den Verlust dieser Fähigkeit zur Folge haben kann, verfolgt wird, falls gegen ihn das Hauptverfahren eröffnet ist;
- b) wer infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über sein Vermögen beschränkt ist (§ 47 Abs. 1, § 12 W.O.).

5. Ein Versicherungsvertreter darf nicht zugleich nicht ständiges Mitglied des Reichs- oder eines Landesversicherungsamts, Beisitzer eines Obergerichts, Versicherungsvertreter bei einem anderen Versicherungsamt oder befohlener Beamter des Versicherungsamts sein (§ 41 Abs. 2 W.O.).

§ 7.

Ermittlung der Wahlberechtigten und Festlegung der Stimmzahl.

1. Mindestens sechs Wochen vor dem Wahltag setzt das Versicherungsamt die Stimmzahl der Kassen fest (§ 4 W.O.). Die hierzu erforderlichen Ermittlungen werden für die Krankenkassen, die im Wahlbezirk ihren Sitz haben, von Amts wegen vorgenommen. Alle beteiligten Kassen haben dem Wahlleiter auf seine Anforderung ein Verzeichnis zu überreichen, aus dem der Familien- und der Vor-(Ruf-)Name, der Beruf, der Wohnort und die Wohnung der nach § 4 W.O. Wahlberechtigten ersichtlich sind. In dem Verzeichnis sind die Angaben nach Arbeitgeber - Versichertenmitgliedern zu trennen. Treten vor dem Wahltag Veränderungen gegenüber dem Verzeichnis ein, so ist der Wahlleiter unverzüglich zu benachrichtigen.

2. Die Erntekassen und Kassen, die außerhalb des Bezirks des Versicherungsamts ihren Sitz haben, fordert das Obergerichtsamt oder sein Beauftragter (§ 6 Abs. 2 W.O.) rechtzeitig durch Veröffentlichung im Staatsanzeiger für Württemberg auf, binnen einer von ihm festgesetzten Frist ihre Beteiligung an der Wahl unter Nachweis der Zahl ihrer nach § 4 W.O. anrechnungsfähigen Mitglieder beim zuständigen Versicherungsamt anzuzeigen unter gleichzeitiger Übersendung eines Verzeichnisses, aus dem der Familien- und der Vor-(Ruf-)Name, der Beruf, der Wohnort und die Wohnung der nach § 4 W.O. Wahlberechtigten ersichtlich sind. Satz 5 des Abs. 1 gilt entsprechend.

3. Jede Kasse erhält für jedes anrechnungsfähige Mitglied eine Stimme. Der Wahlleiter verteilt die für jede Kasse festgesetzte Stimmzahl gleichmäßig auf die nach § 4 Abs. 1 und 2 W.O. Wahlberechtigten der Kasse, indem er diese Stimmzahl durch die Zahl der Wahlberechtigten jeder Gruppe (Arbeitgeber, Versicherte) teilt. Bruchzahlen werden nicht berücksichtigt (§ 49 W.O.).

§ 9.

Aufstellung und Einreichung der Vorschlagslisten.

1. Für jede der beiden Gruppen der zu wählenden Beisitzer (Arbeitgeberbeiträge, Versichertenbeiträge) sind je eine Vorschlagsliste nach dem untenstehenden Muster aufzustellen und dem Wahlleiter bis zu dem in dem Wahlauschreiben angegebenen Zeitpunkt einzureichen.

2. Die einzelnen Vereinigungen und Verbände (§ 3 Abs. 2 W.O.) dürfen für die Gruppe, für die sie vorschlagsberechtigt sind, nur je eine Vorschlagsliste einreichen.

3. In den Vorschlagslisten sind die einzelnen Benannten unter fortlaufender Nummer oder in sonst erkennbarer Reihenfolge aufzuführen und nach Vor- und Zunamen, Alter, Beruf, Wohnort und Wohnung so deutlich zu bezeichnen, daß über ihre Persönlichkeit kein Zweifel besteht. Bei Versicherten ist auch der Arbeitgeber und die zuständige Berufsgenossenschaft, bei den für die Wahl als Arbeitgeberbeiträge vorgeschlagenen der Name des Betriebs, die Berufsgenossenschaft, der er angehört, und die Zahl der beschäftigten Versicherten anzugeben.

4. In die Vorschlagsliste darf nur aufgenommen werden, wer seine Zustimmung dazu gegeben hat. Mit den Vorschlagslisten sind die Erklärungen der Benannten, daß sie der Aufnahme ihrer Namen in die Vorschlagsliste zustimmen, nach dem untenstehenden Muster einzureichen.

§ 10.

Inhalt der Vorschlagslisten.

1. In jeder Vorschlagsliste sollen soviel nach § 5 W.O. wählbare Personen benannt werden, als Bewerber und Stellvertreter nach dem Wahlauschreiben insgesamt zu wählen sind.

2. Die Vorzuschlagenden sollen mindestens je zur Hälfte an der Unfallversicherung beteiligt sein (§ 45 W.O.) und in der Reihenfolge aufgeführt werden, daß mindestens jeder an ungerader Stelle vorgeschlagene an der Unfallversicherung beteiligt ist.

3. Unter den Benannten einer jeden Gruppe sollen die hauptsächlichsten Erwerbszweige und die verschiedenen Teile des Bezirks vertreten sein. Mindestens je ein Drittel soll am Orte des Versicherungsamts selbst oder nicht über 10 Kilometer entfernt wohnen oder beschäftigt sein (§ 49 W.O.).

4. Das Versicherungsamt bestimmt, wieviele der vorzuschlagenden Personen der Landwirtschaft angehören sollen. Außerdem kann das Versicherungsamt bestimmen, daß auch andern hauptsächlichsten Erwerbszweigen sowie einzelnen Teilen seines Bezirks eine bestimmte Mindestzahl von vorgeschlagenen angehören soll. Vor Erlaß solcher Bestimmungen sollen die für den Bezirk zuständigen Bezirksräte gehört werden.

§ 11.

Unzulässigkeit verbundener Vorschlagslisten.

Die Verbindung mehrerer Vorschlagslisten in der Weise, daß sie anderen Vorschlagslisten gegenüber als eine Liste gelten, ist unzulässig.

§ 12.

Unterzeichnung und Kennwort der Vorschlagslisten.

1. Die Vorschlagslisten müssen unter Angabe des Namens, des Sitzes und der genauen Anschrift der Vereinigung oder des Verbandes von den Personen unterschrieben sein, denen die Vertretung der Vereinigung oder des Verbandes zusteht.

2. Jede Vorschlagsliste soll mit einem Kennwort versehen sein, das sie von allen anderen Vorschlagslisten deutlich unterscheidet. Trägt eine Vorschlagsliste kein Kennwort, so gilt der Name des darin an erster Stelle Benannten als Kennwort der Vorschlagsliste.

Vordruck zur Vorschlagsliste.

(§ 9 W.O.)

Ordnungsnummer

(Vom Wahlleiter auszufüllen)

Kennwort

Vorschlagsliste.

Als Arbeitgeber- (oder Versicherten-)Beisitzer des Versicherungsamts in

gegebenenfalls als Stellvertreter, werden vorgeschlagen:

Fortl. Nr.	Name		a) Alter	b) Beruf	Wohnort, Straße u. Hausnummer	a) Betrieb oder Arbeitgeber, b) Berufsgenossenschaft, c) Zahl der beschäft. Versich.
	Familien-	Vor- (Ruf-)				
1	2	3	4	5	6	
1.			a)			a)
			b)			b)
			c)			c)
2.			a)			a)
			b)			b)
			c)			c)

Der Vorstand

Name der Vereinigung oder des Verbandes

Unterschrift des Vorsitzenden

oder des Beauftragten.

Vorschlagsliste

Fortlaufende Nr.

I. Personalanlagen.

1. Familienname, Vor- (Ruf-) Name
 2. Beruf, Dienstbezeichnung usw.
 3. Geboren am, zu, D.N.
 4. Wohnort (Straße u. Hausnr.)
- Nur für Arbeitgeber:
5. Zahl der Kinder (§ 17 Abs. 1 Nr. 2 W.O.) und Zahl der Vormundschaften oder Pfllegschaften (§ 17 Abs. 1 Nr. 4 W.O.)
 6. Berufsgenossenschaft

Nur für Versicherte:

5. Beschäftigt in dem Betriebe de (Name, Firma des Arbeitgebers) zur (Name d. Berufsgenossenschaft) gehörig.
6. Beschäftigt regelmäßig Versicherungspflichtige (Zahl) für Arbeitgeber und Versicherte:
7. Nichtständiges Mitglied des Reichsversicherungsamts bis zum Jahre
8. Beisitzer des Obergerichtsamts in seit dem Jahre oder: war Beisitzer in den Jahren bis
9. Versicherungsvertreter des Versicherungsamts in bis zum Jahre

II. Erklärung.

Ich stimme der Aufnahme meines Namens in die Vorschlagsliste für die Wahl der Beisitzer des Versicherungsamts in zu.

(Unterschrift)

Für die Richtigkeit

Calw, den 26. 3. 1928.

Der Wahlleiter: Nagel Amtmann.

ESSEX

10/45 PS Sechszylinder

Der weitverbreiteteste Sechszylinder der Welt

in großer neuer Form

luxuriöser Innen-Ausstattung zu ermäßigten Preisen. Innensteuer-Limousine, Fansitzer mit Vierradbremse (Coach) zweitürig Mk. 5750.- (Sedan) viertürig Mk. 6250.- fünfsache Ballonreifen. Ab Fabrik Berlin. Auf Wunsch Abzahlung. Verlangen Sie Prospekte und Vorführung — Vertreter gesucht.

Automobilhaus

Karl Schwarz, Stuttgart

Königsstraße 10A — Fernsprecher 26354/55

Eugen Dreiß

am Markt

Zur Garten- u. Feldbestellung

Hanen und Körbe

Spalten, Rechen

Schaukeln, Gabeln

Gartenschere

Hand- Baum- und

Waldfägen

Baumkrager

Äxte und Beile

Gießkannen

Wasserschläuche

Rindergartengeräte

Saugeschöpfer

Jeden Dienstag und Freitag in der Zeit von 11-12 Uhr werden

Möbelböden

abgegeben bei Hermann Schnirke Bäckerei und Eierteigwarengeschäft

Wasserglas

Berühmte, wasserhelle Ware zu haben bei

H. Hauber.

Diplomaten-Schreibisch

dunkelrot 1,50 x 0,80m

Reißerstück

hat zu verkaufen

Gustav Stoh, Schreinermeister, Hirsau, Klosterhof

Oberreichenbach.

Rot-Klee-

Samen

1,00 Mk. 1,30 Mk.

empfiehlt

Fr. Holz, Handlung.

Sehe meinen



Rappwallach

(Einspänner) 8 Jahre alt unter Garantie dem Verkauf aus

Otto Koller

Altensteit D.N. Calw.

Einen kräftig. Jungen

nimmt in die Lehre

Gustav Linkenhell

Schreinermeister

Möbel - Politur

zum Reinigen d. Möbel zu haben bei Obigem.

Die Ziehung 1. Klasse

d. nächsten (31./257) Preuß. Südd. Klassen-Lotterie beginnt schon am 20. April.

Um die vollen Gewinnchancen der 5 Klassen auszunutzen, empfiehlt es sich, sich sofort ein Los zu bestellen, um an der 1. Klasse schon teilzunehmen. Ein

Prospekt der Lotterie-Einnahme Feyer, Stuttgart, Friedrichstr. 58 liegt der heutigen Stadtaufgabe bei.